

## Gaston Thorn, Europäische Union oder europäischer Untergang: Sein oder Nichtsein

**Quelle:** THORN, Gaston. Europäische Union oder europäischer Untergang: Sein oder Nichtsein. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1984. 29 S. (Jean-Monnet-Vortrag, 7).

**Urheberrecht:** (c) Europäische Union, 1995-2012

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/gaston\\_thorn\\_europaische\\_union\\_oder\\_europaischer\\_untergang\\_sein\\_oder\\_nichtsein-de-187d1b79-0898-4182-8a3b-3e46ab3a2a97.html](http://www.cvce.eu/obj/gaston_thorn_europaische_union_oder_europaischer_untergang_sein_oder_nichtsein-de-187d1b79-0898-4182-8a3b-3e46ab3a2a97.html)

**Publication date:** 24/10/2012

## Europäische Union oder europäischer Untergang: Sein oder Nichtsein

*Exzellenzen, meine Damen und Herren!*

Meinem Vorgänger Roy Jenkins war es vergönnt, diese Jean-Monnet-Konferenzen mit einem Plädoyer für die Währungsunion zu eröffnen. Das war 1977. Er verlangte, daß man sich ein für allemal für die Währungsunion engagieren solle. Es war dies ein entscheidender Schritt zur Europäischen Union. Das Europäische Währungssystem wurde knapp zwei Jahre später eingeführt. Niemand bestreitet heute die unersetzbaren Dienste, die dieses bedeutende Gemeinschaftswerk in einem stark gestörten weltwirtschaftlichen Umfeld geleistet hat. Aber wir sind noch weit vom Ziel entfernt. Der Zeitpunkt ist gekommen, weitere Fortschritte zu machen. Ich werde darauf noch näher eingehen.

Trotz dieses zwar tatsächlichen, jedoch immer noch ungefestigten und unvollkommenen Erfolges ist das europäische Einigungswerk erneut festgefahren, und diesmal so gründlich, daß es Mühe kostet, es wieder in Gang zu bringen. Der Europäische Rat macht sich nun schon zum vierten Mal an diese schwere Aufgabe.

Die Staats- bzw. Regierungschefs stehen heute vor einer historischen Alternative: Entweder wählen sie „mehr Europa“ in allen Bereichen, oder aber wir gehen einer unsicheren, gefährlichen und ungewissen Zukunft für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft entgegen.

Wie Max Kohnstamm vor einigen Jahren hier selbst gesagt hat, löst diese Entscheidung Angst und Hoffnung bei allen aus, die noch nicht aufgegeben haben und die noch an „einer bestimmten Vorstellung von Europa“ festhalten.

Ich freue mich, daß Sie, lieber Freund, heute hier anwesend sind. Jean Monnet war für Sie der Prototyp des einfallsreichen Staatsmannes. Seien Sie versichert, daß wir den ehrgeizigen Plan, den er für Europa entworfen hat - die politische Union mit kontinentaler Dimension -, nie aufgeben werden.

Seit nunmehr über zehn Jahren steht das europäische Einigungswerk gewissermaßen still. Auf der Haager Konferenz im Dezember 1969 hatte man sich vorgenommen, die Wirtschafts- und Währungsunion bis 1980 zu vollenden. Diese Konferenz war der eigentliche Beginn eines Zeitabschnitts, in dessen Verlauf die Gemeinschaft sich erweitert hat, ohne sich stärken zu können.

Von dem dreifachen Ziel „Vollendung, Erweiterung, Vertiefung“ ist das letzte in Vergessenheit geraten. Für diesen schweren Fehler müssen wir nun büßen. Auf dem Pariser Gipfeltreffen im Oktober 1972 konnte nur noch ein langer Katalog ohne präzise Verpflichtungen aufgestellt werden.

Die traditionelle Kluft zwischen den Anhängern eines supranationalen Föderalismus und denjenigen einer europäischen Konföderation ließ sich nur dadurch überbrücken, daß auf diesem Gipfeltreffen zur Schaffung einer „Europäischen Union“ aufgerufen und es der Geschichte überlassen wurde, sie zu definieren.

Die bald danach ausbrechende Weltwirtschaftskrise gab den Anstoß nicht etwa zu mehr Zusammenhalt und mehr Solidarität, sondern zu gegenläufigen Konzepten, die den mittlerweile auf der Grundlage des Werner-Berichts ausgearbeiteten eingehenden Vorschlägen keine Erfolgchance ließen. Dann kam, wie ich schon sagte, die Schaffung des EWS, aber es kamen auch die Haushaltszugeständnisse gegenüber dem Vereinigten Königreich Ende 1979. Es kam das berühmte „Mandat vom 30. Mai 1980“, mit dem der Rat die Verantwortung für alle Probleme der Kommission aufbürdete, ohne sich bereit zu erklären, die gemeinsame Agrarpolitik zu reformieren, den Haushalt umzustrukturieren oder die auf ein Prozent der MwSt.- Bemessungsgrundlage begrenzten Eigenmittel aufzustocken.

In diesem verhängnisvollen Netz ist die Gemeinschaft seit vier Jahren gefangen. Zweifellos hat niemals eine Kommission so viele Vorschläge vorgelegt, um das Gemeinschaftssystem in die Lage zu versetzen, erfolgreich zu funktionieren.

Alle Anstrengungen, die wir seit vier Jahren unternommen haben, um das gefürchtete „Mandat vom 30.

Mai" zu erfüllen, waren nicht ausreichend. Die zahlreichen Vorschläge, die die Kommission für die Sanierung und Neubelebung der Gemeinschaft vorgelegt hat, sind meistens vom Ministerrat abgelehnt oder verfälscht worden.

Zwar haben die inneren und äußeren Spannungen unser Bauwerk nicht zum Einsturz gebracht, doch sind wir zutiefst enttäuscht darüber, daß es der Gemeinschaft nicht gelungen ist, die Weichen für die Zukunft zu stellen und endlich das vordringliche Problem der Haushaltsbeiträge zu lösen.

Die wiederholten Mißerfolge des Europäischen Rates, die Verzögerungen, die Uneinigkeit, die schwere Krise des europäischen Systems drängen uns die Frage auf: *Ist überhaupt noch der Wille vorhanden, das europäische Einigungswerk über den Stand des bisher Erreichten hinaus fortzusetzen? Ist er noch stark genug?*

Ich sehe mindestens drei gewichtige Gründe, aus denen diese entscheidende Frage klar beantwortet werden muß:

Der erste dieser drei Gründe ist, daß die von der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedstaaten für unbedingt erforderlich gehaltenen Fortschritte in den Bereichen Wirtschaft, Währung, Finanzen, Handel und Technologie zur Zeit verzögert oder unmöglich gemacht werden, weil Hindernisse im Wege liegen, die großenteils dadurch entstehen, daß die Regierungen in Wirklichkeit durch nach wie vor national geprägte Strukturen und Verwaltungen eingeengt sind, die wie mit Fangarmen alles an sich ziehen und ihre Befugnisse und Vorrechte eifersüchtig verteidigen.

Dieses gilt für eine ganze Reihe von Fragen, in denen unmittelbar Fortschritte erzielt werden könnten, die aber letztlich an der mangelnden politischen Integration scheitern.

Ein Beispiel hierfür ist der Binnenmarkt: Er wird unvollendet bleiben, solange keine gemeinsamen Vorschriften über Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz bestehen, solange unsere Steuerordnungen uneinheitlich sind und folglich auch solange unsere Haushaltspolitik nicht auf Gemeinschaftsebene weit umfassender definiert ist als bisher.

Ein weiteres Beispiel ist die Währungsunion. Dieses festgeschriebene Ziel der Gemeinschaft erfordert nicht nur die Konsolidierung des Europäischen Währungssystems und die Überleitung zu der seit März 1981 immer wieder hinausgezögerten institutionellen Phase, sondern auch eine gemeinsame Festlegung der Währungspolitik und ein gemeinsames System öffentlicher Finanzen.

Ähnliche Erwägungen könnten auch über die Verwirklichung einer zusammenhängenden Industriestrategie, die die Entwicklung und Einführung neuer Technologien einschließt, angestellt werden. Eine solche Strategie erfordert, daß zwischen den europäischen Firmen Zusammenschlüsse und Kooperationen stattfinden, die bisher nicht zustande kamen, weil diese Firmen weder rechtlich noch steuerlich, noch durch Maßnahmen zur Herbeiführung einer tatsächlichen Kohärenz der öffentlichen Beteiligungen begünstigt werden; sie erfordert auch Entscheidungen über Standort- und sektorale Fragen, d. h. eine Lenkung, die es außer für die Stahlindustrie, einen schrumpfenden Sektor, nicht gibt.

Zu diesem Fragenkomplex gehören schließlich auch die Probleme der Sicherheit und der Verteidigung, die Europa nicht allein bewältigen kann.

Meine Aufzählung ließe sich beliebig verlängern. Immer wieder scheitern wir an der Unfähigkeit, bei der Verteilung der Befugnisse und Kompetenzen einen europäischen Willen, der sonst bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck gebracht wird, in die Tat umzusetzen. Wir scheitern ebenso auch daran, daß wir beim Aufbau Europas die wirtschaftliche Seite trennen von den fehlgeschlagenen oder nur begrenzt erfolgreichen Versuchen in den Bereichen der Verteidigung, der Kultur, der Außenpolitik und der Behauptung einer europäischen Identität.

Der zweite Grund, der eine klare Entscheidung über die politischen Ziele notwendig macht, liegt darin, daß

die gegenwärtige Gemeinschaft mit ihren Arbeitsregeln, ihren Beschlußfassungsverfahren und ihren unzulänglichen Haushaltsmitteln nicht mehr in der Lage zu sein scheint, das gesamte Potential unserer Gesellschaft zu mobilisieren, um die weitreichenden Herausforderungen anzunehmen.

Die Gemeinschaft hat ihr System, dem man hart zusetzt und dessen Regeln oft mißachtet worden sind, nicht mit der erforderlichen Geschwindigkeit anpassen können. Nun steckt sie in einer Krise, und zwar nicht nur, weil sie seit Monaten außerstande ist, eine neue Finanzregelung festzulegen, sondern auch - und mehr noch - deswegen, weil sie schon seit Jahren nicht mehr fähig ist, rechtzeitig die Beschlüsse zu fassen, die in anderen wesentlichen Bereichen anfallen.

Durch diese Feststellung soll nicht das Gemeinschaftssystem oder gar der Vertrag verurteilt werden, der mit Sicherheit eine unersetzbare Grundlage bleibt. Verurteilt werden sollen jedoch die sich ständig wiederholenden Verstöße gegen den Geist und den Buchstaben des Vertrages.

Mit der „Ära der Mandate“ glaubte der Europäische Rat, die Krise verschleiern zu können. Es wurde von Erfolgen gesprochen, während in Wirklichkeit nur Termine verschoben und Verantwortungen abgewälzt wurden.

Was heute die Lage so ernst macht, sind nicht nur die ständigen Mißerfolge der mühseligen Verhandlungen über die Aufteilung der Haushaltsbelastung auf die Mitgliedstaaten. Es sind auch die gegensätzlichen Auffassungen vom europäischen Einigungswerk, von seinem Zweck und von den einzusetzenden Mitteln.

Der dritte Grund, aus dem die Gemeinschaft ihr politisches Konzept klären muß, hängt mit den Herausforderungen zusammen, denen sie und die einzelnen Mitgliedstaaten sich stellen müssen. Da jeder Alleingang zum Scheitern verurteilt ist, machen diese Herausforderungen eine Erweiterung, wenn auch nicht der gemeinschaftlichen, so doch zumindest der europäischen Kompetenzen unumgänglich. Ich denke hier ganz besonders an die Probleme der Verteidigung und der Sicherheit, für die bislang noch kein geeigneter Rahmen gefunden worden ist, in dem unser aller Sicherheit besser garantiert werden könnte.

Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist die Geschichte immer neuer Versuche, politische Hindernisse zu überwinden und neuen internen oder von außen kommenden wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Diese Geschichte war lange Zeit von einer starken Dynamik getragen, die seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - die bei der schwierigen, aber geordneten Umstrukturierung der Stahlindustrie besonders wertvolle Dienste leistet - die Schaffung der Zollunion, der gemeinsamen Agrarpolitik, der Wettbewerbspolitik, der politischen Zusammenarbeit und des Europäischen Währungssystems ermöglicht hat. Es handelt sich also um einen hohen Besitzstand, für dessen Ausbau, Anpassung und sogar Erhaltung ein ständiger politischer Wille erforderlich ist, der immer wieder bekräftigt und neu definiert werden muß.

Dieser politische Wille allein macht es möglich, im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht die Kompromisse zu erarbeiten, mit denen sich die zwangsläufig auftretenden technischen Hemmnisse und die Interessenunterschiede überwinden lassen. Er läßt sich nicht durch eine „kumulative Logik der wirtschaftlichen Integration“ ersetzen, wie es eine Zeitlang sogar die hochgestellten Persönlichkeiten glaubten, die sich mit einem „Europa der kleinen Schritte“ zufrieden geben wollten.

Europa wurde von verantwortlichen Politikern geschaffen, die den Mut hatten, Risiken einzugehen. Der Mut der Gründerväter ist später immer mehr der Vorsicht derjenigen gewichen, die sich in ihrem Fach auskennen - der Sachverständigen.

Die technische Kompetenz hat schließlich den politischen Willen erstickt, anstatt ihn zu stärken. Europa hat sich nach und nach festgefahren.

Der politische Wille muß sich wieder durchsetzen. Damit er bekräftigt und verwirklicht werden kann, sind klare politische Ziele erforderlich, zu denen sich alle bekennen und auf deren Grundlage die geeigneten finanziellen und institutionellen Mittel beschlossen und eingesetzt werden.

Die verantwortlichen Politiker müssen jederzeit alle günstigen Gelegenheiten nutzen, ohne zu befürchten, daß sie zu weit gehen oder überstürzt handeln könnten. Dadurch, daß zu den Fortschritten, die möglich gewesen wären, der Mut gefehlt hat, ist eine schmerzliche Lücke entstanden.

Wir haben mehrere Möglichkeiten, diesen politischen Willen zu bekräftigen und zu verwirklichen. Wir müssen diese Möglichkeiten gleichzeitig wahrnehmen und dürfen sie nicht von Anfang an voneinander abhängig machen.

1. Vorrangige Bedeutung hat eine baldige Einigung über eine glaubwürdige und gerechte Finanzregelung für die Gemeinschaft.

Es reicht nicht aus, lediglich die MwSt.-Obergrenze, die vor beinahe 15 Jahren (!) auf 1 % festgesetzt worden war, auf nur 1,4% zu erhöhen. Durch eine solche Entscheidung würde die Neubelebung der Gemeinschaft nicht mehr glaubhaft erscheinen. Nach einer Korrektur - nicht etwa einer echten Reform der Agrarpolitik und nach dem Beitritt Spaniens und Portugals würden diese neuen Mittel bei schlichter Weiterführung der bisherigen gemeinsamen Politiken schon in zwei oder drei Jahren nicht mehr ausreichen.

Die Amtszeit einer Kommission wäre noch nicht abgelaufen, und es müßte erneut der schwerfällige Verfahrensmechanismus - vom Einstimmigkeitsbeschluß des Rates bis hin zur Ratifizierung durch die zwölf nationalen Parlamente - in Gang gesetzt werden.

Wir dürfen uns aber auch nicht auf eine durch eine strenge Haushaltsdisziplin eingeeengte Finanzregelung einlassen, zu der zwei der wichtigsten Mitgliedstaaten - das Vereinigte Königreich und die Bundesrepublik Deutschland - ohne Rücksicht auf die notwendige Weiterentwicklung und die erforderliche Solidarität nur in begrenztem Umfang beitragen würden.

Ist schon einmal ernsthaft darüber nachgedacht worden, welche politischen Folgen eine solche Entwicklung haben würde? Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft verantwortlich finanzieren heißt tatsächlich, wie Bundeskanzler Kohl vor kurzem erklärt hat, in Europa und damit in die Freiheit investieren. Die Schaffung eines geeinten Europas ist weit mehr als eine Haushaltsrechnung, bei der jedes Jahr die Konten auszugleichen sind.

Sind wir nicht fähig, uns auf eine dauerhafte Finanzregelung zu einigen, dann sollten wir wenigstens eine Übergangslösung finden, die es der Gemeinschaft ermöglicht, ihre laufenden Angelegenheiten weiterzuführen, und wir sollten es deutlich aussprechen, daß die Neubelebung noch warten muß. Wir sollten die Verhandlungspartner nicht mit dem Hinweis auf die Gefahr einer finanziellen Krise in der Gemeinschaft unter Druck setzen. Das wäre - und ist schon viel zuviel - ein schwerwiegender Rückschritt in Anbetracht dessen, daß rechtlich bereits eine Gemeinschaft besteht.

2. Wir müssen auch unter allen Umständen erreichen, daß die Verträge dem Geist und dem Buchstaben nach wieder gewissenhaft und konstruktiv angewandt werden. Das Vetorecht ist unvereinbar mit dem Geist der Verträge, der die Mehrheitsbeschlüsse nicht nur zu einer Frage der Verfahrenseffizienz, sondern auch zu einer unersetzbaren Antriebskraft für die europäische Integration macht.

Auch wenn es durchaus rechtens ist, neue Politiken nur bei einstimmiger Genehmigung einzuführen, so bedarf es zu ihrer konkreten Durchführung doch echter Mehrheitsbeschlüsse, deren Anwendungsmodalitäten der Kommission überlassen werden.

Sind diese beiden Voraussetzungen - akzeptable Finanzregelung und Einhaltung der Verträge - nicht erfüllt, so kann die Erweiterung um Spanien und Portugal, über die die (offiziell seit 1978 laufenden) Verhandlungen bald abgeschlossen werden müssen, unsere gegenwärtige Krise nur verschärfen. Die allzu begrenzten Finanzmittel werden bald nicht mehr ausreichen. Der schon jetzt ungeeignete Beschlußfassungsprozeß wird dann nicht mehr funktionieren können. Das wird nicht nur das Ende der von den Gründervätern gewünschten Gemeinschaft, sondern auch ein schwerer Schlag für die berechtigten

Forderungen der beiden Bewerberländer sein. Wenn wir den Beitritt Spaniens und Portugals zur Gemeinschaft wirklich wollen, dann genügt es nicht, das nur zu sagen - dann müssen wir auch entsprechend handeln.

3. Die in Stuttgart und Athen erzielten Fortschritte bei der Erarbeitung neuer Politiken und Aktionen zur Wiederherstellung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft müssen rasch in die Tat umgesetzt werden.

Voraussetzung hierfür sind unverzügliche Fortschritte auf dem Wege zur Vollendung des Binnenmarktes, soweit die gegenwärtige Lage der Gemeinschaft diese erlaubt: im Bereich der Normen, der öffentlichen Aufträge, der Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmenskooperation und -zusammenschlüsse, der Vereinfachung der allzu kostspieligen, unpopulären und dem Ansehen der Gemeinschaft bei ihren eigenen Bürgern so abträglichen Grenzformalitäten.

Zu diesem Zweck muß die Rolle der ECU im privaten und öffentlichen Bereich gestärkt und das noch immer schwache Europäische Währungssystem gefestigt werden. Der Ausbau des EWS - der einzige große Erfolg seit zehn Jahren - ist für die Erhaltung des Gemeinsamen Marktes und der Agrarpolitik sowie für die Sicherung der für den Wirtschaftsaufschwung erforderlichen Investitionen absolut unerlässlich. Es ist heute schwer verständlich, weshalb bestimmte Währungen der Gemeinschaft, unter anderem das Pfund Sterling, diesem System nicht angehören. Die Fakten haben gezeigt, daß die Befürchtungen und Einwände des Vereinigten Königreichs unbegründet waren. Mit einer Beteiligung würde das Vereinigte Königreich der Gemeinschaft den Beweis dafür erbringen, daß diesem großen Land an einer stärkeren Einigung Europas gelegen ist; es könnte das von Zweifeln bestimmte Klima, das gegenwärtig die Gemeinschaftsdiskussionen überschattet, erheblich verbessern.

Es ist ferner schwer verständlich, warum die Bundesbank die deutsche Wirtschaft einschließlich der Banken um jeden Preis daran hindern will, Verpflichtungen in ECU einzugehen. Wenn sie behauptet, daß dies mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften nicht zu vereinbaren sei, so ist das eine schlechte Ausrede.

Wird mit dem Hinweis auf einen - im übrigen anfechtbaren! - Unterschied zwischen einer Währung und einer Rechnungseinheit behauptet, die ECU sei keine Währung, so zeugt dies nicht gerade von dem Willen, weiter voranzukommen.

Es ist jedoch wichtig, die Gelegenheiten zur Stärkung des EWS rasch zu nutzen. Dies kann und muß pragmatisch geschehen, insbesondere was die Frage angeht, inwieweit die ECU der Öffentlichkeit zugänglich sein, wie sie sich verzinsen und wie sie von den Zentralbanken der Gemeinschaft verwendet werden soll.

Ferner muß schrittweise ein echter Kapitalmarkt geschaffen werden, damit die Sparmasse der Gemeinschaft, die mindestens so hoch ist wie die der Vereinigten Staaten, unmittelbar zur Entwicklung der Gemeinschaft und vor allem zur Finanzierung der Innovation und der Anlageinvestitionen genutzt werden kann.

Im Bereich der neuen Technologien müssen insbesondere in Anlehnung an das Esprit-Programm geeignete Strategien zur Förderung des technischen Fortschritts im Bereich Fernmeldewesen und auf dem Gebiet der Biotechnologien entwickelt werden.

Auch muß trotz der unbestreitbaren Schwierigkeiten die Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern entschlossen fortgesetzt werden; diese Politik muß weiterhin beispielgebenden Charakter haben und auf diese Weise die tatsächliche und anhaltende Präsenz der europäischen Länder in der dritten Welt in erhöhtem Maße stärken.

Schließlich, jedoch nicht zuletzt, muß die gerade erst begonnene Reform und Modernisierung der gemeinsamen Agrarpolitik zu Ende geführt werden. Dieses Unternehmen, das dank der Entdeckungen der Wissenschaft und der Technik im Bereich der Möglichkeiten liegt, ist für die Erhaltung der sozialen Gleichgewichte und der Naturschätze unbedingt notwendig. Bisher wurde lediglich die Finanzierung der



Überschüsse gestoppt, für die es keine Absatzmärkte gibt. Dies ist jedoch keineswegs ausreichend.

Mit den meisten dieser Maßnahmen kann sofort begonnen werden. Da sie den Gemeinschaftshaushalt wenig oder gar nicht belasten, würden sie die Eindämmung der allzu hohen Kosten für ein „Nicht-Europa“ sowie Skaleneinsparungen ermöglichen, die unserer gesamten Produktion sehr zuträglich wären. Durch ihre Wirkung würden unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Fähigkeit zur Schaffung gesunder und dauerhafter Arbeitsplätze gesteigert. Sie würden außerdem allen europäischen Bürgern vor Augen führen, daß Europa ihnen greifbare Vorteile bringen kann.

Wir müssen die europäischen Bürger, vor allem die Jugendlichen, in die Lage versetzen, Europa zu verstehen, sich damit zu identifizieren und es zu unterstützen. Nur auf diese Weise wird bei den Regierungen und Verwaltungen wieder ein neuer politischer Wille aufkommen.

Es müssen rasch einfache, weitgehend symbolische Maßnahmen beschlossen werden. Die Einführung eines europäischen Reisepasses ist gut, die Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der Gemeinschaft wäre noch besser.

Denken wir in diesem Zusammenhang nur einmal daran, welche Auswirkungen eine echte europäische Information in der Tagespresse und im Fernsehen auf die Öffentlichkeit haben könnte!

4. Schließlich - und dies ist das letzte Gebot - müssen wir unverzüglich beginnen, uns gründlich und ernsthaft Gedanken darüber zu machen, wie es mit Europa weitergehen soll.

Die traditionellen wirtschaftlichen Ziele der Gemeinschaft, die infolge der weltweiten Krise aktueller sind denn je, werden ihren vollen Sinn erst dann erhalten, wenn sie eingebunden sind in einem gemeinsamen Willen, das heißt, wenn wir bereit sind:

- die allen Völkern Europas gemeinsamen Grundwerte - Demokratie, politische Freiheit, Achtung der Menschenrechte - über die Gemeinschaftsgrenzen hinaus zu erhalten und auszubauen;
- die kulturelle Identität Europas mit Hilfe des Handels und auch mit Hilfe der Kommunikations-, Informations- und Ausbildungstechniken zu behaupten, ohne uns abzukapseln;
- unsere Sicherheit auf allen Ebenen - also auch unsere militärische Sicherheit - innerhalb des Atlantischen Bündnisses zu gewährleisten.

Ohne diese Dimensionen wird die Europäische Gemeinschaft niemals zu einer Schicksalsgemeinschaft werden. Ohne diese Dimensionen wird unsere Schicksalsgemeinschaft nie eine europäische Identität erhalten.

Bei dieser Überlegung, bei der davon ausgegangen wird, daß die Europäische Gemeinschaft eine rechtsgültige Gemeinschaft und ein solidarisches Gefüge bleiben muß, darf jedoch weder die Uneinheitlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung noch die Unterschiedlichkeit der geopolitischen Lage und der geschichtlichen Entwicklung der einzelnen Länder außer acht gelassen werden.

Die Geschichte wiederholt sich nie, und es wäre illusorisch, die Konferenz von Messina wiederholen zu wollen. Nichts hindert jedoch den Europäischen Rat daran, bald eine kleine Gruppe von Politikern der einzelnen Mitgliedstaaten zu bilden, die einen Bericht darüber ausarbeitet, in welcher Weise das europäische Einigungswerk fortgesetzt und vertieft werden kann. Diese Gruppe, die von einer unabhängigen europäischen Persönlichkeit geleitet werden könnte, würde ohne jede Publizität die konkreten Grundlagen für eine Einigung über alle für die Zukunft Europas entscheidenden Fragen erarbeiten. Hierzu sind Zeit und methodisches Vorgehen erforderlich. Ein Europäischer Rat könnte diese Aufgabe zwischen dem Eröffnungsdiner und der Pressekonferenz am nächsten Morgen nicht lösen.

Die Gruppe, der gleich nach Abschluß der Beitrittsverhandlungen spanische und portugiesische Politiker

beitreten würden, könnte dem Europäischen Rat regelmäßig Bericht erstatten und sich zum Ziel setzen, ihre Arbeiten spätestens am 1. Januar 1986 abzuschließen.

Ohne daß ihren jeweiligen Regierungen dadurch Verpflichtungen entstünden, würden diese Politiker eine wichtige Aufgabe erfüllen, vorausgesetzt sie gingen nach dem Vorbild ihrer Vorgänger (Spaak, Werner) ohne Polemik, aber mit einem gewissen Maß an Leidenschaft sowie mit Überzeugung und Ernst an die zu lösenden Probleme heran.

Ausgangspunkt für die Überlegung einer solchen Gruppe sollte eine ohne jede Beschönigung erstellte Bilanz über den Zustand der Gemeinschaft und ihre Fähigkeit zur Bewältigung der großen aktuellen Probleme sein. Berücksichtigt werden sollte dabei der „ideelle europäische Besitzstand“, vom Tindemans-Bericht bis zum Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union.

Überall da, wo Mängel oder ein neuer Bedarf auftreten, sollten im Einklang mit dem Geist der Verträge, aber ohne Ausschließlichkeitsanspruch, die geeigneten Lösungen erarbeitet werden.

Wir können nicht umhin, uns unter anderem über folgende schwierige Fragen, die mir wesentlich erscheinen, gründliche Gedanken zu machen. Es sind dies:

### *1. Die neuen Formen der Zusammenarbeit und ihre Modalitäten*

Hier sind vage Schlagwörter einstweilen noch häufiger als wohldurchdachte Vorschläge. Niemand weiß so recht, was unter den ständig verwendeten Begriffen wie Europa à la carte, Europa der wechselnden Zweckzusammenschlüsse oder Europa der zwei Geschwindigkeiten zu verstehen ist. Ohne uns auf eine terminologische Debatte einzulassen, wollen wir sagen, daß nach einem „pragmatischen und diversifizierten“ Konzept tatsächlich zwischen bestimmten Mitgliedstaaten in bestimmten Bereichen - z.B. bei den neuen Technologien und ihrer Anwendung – bestimmte Kooperationsformen eingeführt und ausgebaut werden könnten.

Dies wäre eine brauchbare Lösung, bis eine bessere gefunden ist, es wäre allerdings kein Universalmittel und vor allem keine Alternative zum Gesamtkonzept der Gründerväter.

Es nützt jedoch nichts, sich etwas vorzumachen. Derartige Ideen setzen sich immer mehr durch, weil man der Schwerfälligkeit und der Entscheidungsunfähigkeit der Gemeinschaft überdrüssig geworden ist. Allerdings ist Vorsicht geboten. Wir müssen aufpassen – das könnte die Aufgabe der Kommission sein -, daß diese Formen der Zusammenarbeit, die gegebenenfalls von spezialisierten Einrichtungen oder Agenturen angewandt werden, dem Zusammenhalt der Kommission nicht schaden.

Manche sehen im EWS bereits einen signifikanten Präzedenzfall für ein solches Konzept. So weit würde ich nicht gehen, denn das EWS in seiner derzeitigen Form ist nur ein halber Schritt zur Währungsunion. Gerade deshalb kommt es so sehr darauf an, daß alle Mitgliedstaaten daran beteiligt sind und daß alle sich dafür einsetzen, es zu stärken und zu ergänzen;

### *2. Die Neugestaltung des Beschlußfassungssystems der Gemeinschaft*

Europa wird nur zustande kommen, wenn es regiert wird, wenn sein Beschlußfassungsprozeß um die Kommission herum organisiert wird, die dazu besonders berufen und nicht zu ersetzen ist; nur auf diese Weise können die Entscheidungen getroffen werden, die im gemeinsamen Interesse liegen.

Dieses soll natürlich nicht heißen, daß begründete vitale Interessen geopfert werden sollen. Es soll jedoch heißen, daß angesichts eines klar definierten und als solches anerkannten vitalen Interesses die Gemeinschaft in tatkräftiger Solidarität dem Land, das in Schwierigkeiten geraten ist, Beistand leistet, anstatt daß dieses – wie bisher – von seinem Vetorecht Gebrauch macht.

Hierzu ist es notwendig, daß jedes Land nur hervorragende, überzeugte und kompetente Politiker zur



Europäischen Kommission entsendet. Die Kommission als Hüterin der Verträge, echter „think tank“ und Initiatorin Europas muß auch den Mut zur Entscheidung haben. Eines Tages sollte auch ihr Präsident gewählt werden.

Auch das Parlament muß auf der Grundlage eines mit echter Mehrheit beschlossenen Programms endlich eine echte Rechtsetzungsbefugnis erhalten. Wie kann man nach einem „verantwortlicheren“ Parlament verlangen und ihm gleichzeitig die Mittel zur Wahrnehmung dieser Verantwortung versagen? Weshalb sollte das Parlament nicht auch bei der Ernennung der Kommission mitreden können?

Schließlich muß auch der dem direkt gewählten Parlament verantwortliche Ministerrat aufhören mit seiner allzu systematischen Geheimnistuerei, die Europa so sehr von den Menschen entfernt, für die man es zu schaffen vorgibt;

### *3. Die für die Zukunft der Gemeinschaft wichtigen Politiken wie die Außenpolitik und die Sicherheitspolitik*

Eine gemeinsame Außenpolitik kann sich natürlich an die – wenn auch sehr bescheidenen – Fortschritte anschließen, die seit zehn Jahren durch die politische Zusammenarbeit erzielt worden sind. Ich meine jedoch, daß wir uns Gedanken darüber machen sollten, wie wir über das bisher Erreichte hinausgehen können, welche Struktur am besten geeignet wäre und wie die Beziehung zum Europäischen Rat, zu den Gemeinschaftsinstitutionen und besonders zur Kommission gestaltet werden sollten.

Die Fortschritte auf dem Wege zu einer gemeinsamen Außenpolitik müssen auf jeden Fall mit gleichwertigen Fortschritten im Bereich der militärischen Sicherheit einhergehen.

Bei den Überlegungen über die Organisation unserer Verteidigung in einem europäischen Rahmen sind zwei Gelegenheiten zu berücksichtigen, die nicht umgangen werden können:

- Eine europäische Verteidigung, die an die Stelle des Atlantischen Bündnisses treten würde, kommt nicht in Betracht;
- die Kernwaffen, über die zwei Mitgliedstaaten verfügen, dürfen keinesfalls – und sei es in noch so geringem Maße – der Hoheitsgewalt dieser Länder entzogen werden.

Auf dieser Grundlage bleibt jedoch immer noch viel Raum für eine gemeinsame Überlegung über die Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten der Europäer innerhalb der Allianz.

Zwischen der nationalen Ebene und der Ebene des Atlantischen Bündnisses gibt es zur Zeit keinen geeigneten Rahmen, in dem diese Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten analysiert und gestaltet werden können.

Es wird daher wieder mehr ein Rahmen in Betracht gezogen, der bisher kaum genutzt worden ist, nämlich die Westeuropäische Union. Ich möchte mich dazu nicht näher äußern, jedoch wäre es meiner Ansicht nach paradox, zu zehnt eine gemeinsame Außenpolitik anzustreben und gleichzeitig die Bestrebungen um eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung auf sieben Mitgliedstaaten zu begrenzen.

Es ist noch verfrüht zu sagen, welches in allen diesen für unsere Zukunft so wichtigen Angelegenheiten die beste Lösung wäre. Aber es ist wesentlich, schon jetzt daran zu denken, daß eine Lösung zwischen dem Europa der Verträge und einer erweiterten politischen Zusammenarbeit angesiedelt sein muß.

Drei Möglichkeiten bieten sich an: entweder alles unter der Ägide einer einzigen Gemeinschaft zu vereinigen, oder aber konzentrische Kreise zu bilden oder schließlich das europäische Einigungswerk in mehreren Gemeinschaften aufzuspalten.

Auf jeden Fall muß verhindert werden, daß Fortschritte auf dem Wege zu einem stärkeren politischen Zusammenhalt auf der anderen Seite zu einer Schwächung der Gemeinschaftsorgane führen. Ist es denn

wirklich unvermeidlich, verschiedene Verträge anzuwenden und so die Aufspaltung der Gemeinschaft zu verstärken?

Zweifellos werden je nach Art der Probleme Unterschiede gemacht werden müssen. Es steht jedoch jetzt schon fest, daß bestimmte Fragen wie die Neugestaltung der konventionellen Rüstungssysteme angesichts der engen Verzahnung der hohen Technologien im zivilen und im militärischen Bereich besser in einem Gemeinschaftsrahmen oder zumindest einem Rahmen behandelt würden, der mit den für die Industriepolitik zuständigen Gemeinschaftsgremien eng verbunden ist. Es wäre eine weitere Gelegenheit für die Mitgliedstaaten, die oft von ihnen geforderte gerechtere Verteilung der Rüstungsaufträge innerhalb der Nato zu erreichen.

Ich kann in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, nicht näher auf alle diese mit der Weiterführung des europäischen Einigungswerks zusammenhängenden Themen eingehen. Ich wollte nur einige Punkte besonders herausheben, nämlich die wesentlichen Aspekte der Entscheidungen, die wir treffen müssen und die wir nun nicht mehr aufschieben können. Wir müssen uns unbedingt zu den Entscheidungen durchringen, von denen unsere gemeinsame Zukunft abhängt. Ich wiederhole hierzu:

- Wir müssen das Fortbestehen des bisherigen Gemeinschaftssystems garantieren, bis im gegenseitigen Einvernehmen die Überleitung zu einer neuen Stufe beschlossen ist;

- wir müssen dafür sorgen, daß die Verträge und das Gemeinschaftsrecht wieder gewissenhaft und konstruktiv angewandt werden;

- wir müssen unverzüglich und so bald wie möglich zu zwölf umfassende Überlegungen über die Ziele des europäischen Einigungswerks und über die Mittel und Wege zur Vertiefung dieser Einigung anstellen.

Ein solches Konzept wäre weit entfernt vom Europa der Schlagwörter, das zwar eine Zeitlang die Öffentlichkeit und die Medien beschäftigt, aber nichts Konkretes und Dauerhaftes bringt. Es schließt differenzierte Vorstöße nicht aus, vorausgesetzt, daß der Gesamtzusammenhalt gewahrt bleibt. Ziel ist eine für alle europäischen Bürger erkennbare politische Union, die im Endstadium weitgehend dem Vertrag über die Europäische Union entsprechen könnte, der vom Europäischen Parlament auf Betreiben von Altiero Spinelli genehmigt und von Italien zu Recht so wohlwollend aufgenommen worden ist.

Wenn es den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräften - also uns allen - nicht gelingt, unsere Zukunft gemeinsam und verantwortlich in die Hand zu nehmen, dann wird Europa unweigerlich dazu verdammt sein, die ihm in der Welt zufallende Rolle und Bedeutung zu verlieren. Es wird nicht mehr in der Lage sein, sich in vollem Umfang in die dritte Industrierevolution einzufügen; es wird immer weniger Einfluß auf die Entwicklung des Kräfteverhältnisses haben; es wird nur in begrenztem Umfang an der Entwicklung, am Frieden und an der Sicherheit teilhaben; und es wird schließlich das schon jetzt erschütterte Vertrauen seiner Jugend verlieren.

Ich kann nicht glauben, daß der Niedergang der Einigung vorgezogen wird. Die Vereinigung der Länder, Regionen und Völker Europas ist unerläßlich. Wir brauchen zu ihrer Verwirklichung und ihrem Ausbau ein anderes Bindemittel als technische Kompromisse und juristische Findigkeit. Die Europäische Union ist nur lebensfähig, wenn sie tief in der europäischen Gesellschaft Wurzeln faßt. Die Einigung Europas ist eine Frage der Kompetenz, jedoch mehr noch eine Frage der Verantwortlichkeit und der Überzeugung. Es steht zuviel auf dem Spiel, und deswegen müssen wir alle mitwirken.

Natürlich darf nichts überstürzt werden. Gemessen an der jahrtausendealten Geschichte der Völker und der europäischen Kultur ist die Geschichte des Aufbaus Europas noch neu. Dennoch dürfen wir nicht untätig sein, bis wieder bessere Zeiten kommen. Europa entsteht jeden Tag, aber an manchen Tagen oder zu manchen Zeiten stehen besonders schwierige Entscheidungen an. Diesen Entscheidungen ausweichen, käme einer folgenschweren geschichtlichen Rückentwicklung gleich. Ich glaube, daß die Gemeinschaft heute vor einer jener Entscheidungen steht, die unsere Geschichte bestimmen.

Man sage nicht, wir hätten es zu eilig. Die Gemeinschaft entwickelt sich ohnehin so langsam, daß sie sich stets zu spät äußert, wenn sie glücklicherweise einmal nicht gerade schweigt. Denken wir nur daran, wie lange Zeit für das Esprit-Programm nötig war, wie schwierig es war, eine geordnete Umstrukturierung der Stahlindustrie durchzusetzen, denken wir an die endlosen Haushaltsquerelen ... Nein, was uns fehlt, ist sicher nicht die Fähigkeit, die Vor- und Nachteile dieser oder jener Maßnahme abzuwägen - fehlen tun uns vielmehr Staatsmänner, die ihre ganze Autorität in den Dienst Europas stellen, damit die wesentlichen Entscheidungen rechtzeitig gefällt werden.

Ich möchte abschließend noch einige Sätze zitieren, die vor genau zwei Jahrhunderten ein amerikanischer Bürger geschrieben hat, der der europäischen Vormachtstellung überdrüssig war. Die Entscheidung, zu der er beigetragen hat, war schwierig, aber für sein Land und die ganze Welt historisch:

„Europa hat seine Überlegenheit so lange Zeit behauptet, daß es nun dazu neigt, sich für den Herrscher des Weltalls zu halten ... Die Tatsachen haben diesen überheblichen Ansprüchen der Europäer allzulange Recht gegeben. Die Amerikaner müssen endlich aufhören, der europäischen Grandeur zu Diensten zu sein. Die 13 Staaten, die in einer engen und unlösbaren Union vereinigt sind, müssen gemeinsam ein großes System errichten, das von keiner Macht kontrolliert wird und keinem fremden Einfluß unterliegt ...“

Zwei Jahrhunderte später glaube ich, daß diese Worte eines der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika, Alexander Hamilton, weitgehend - wenn auch ohne den ungerechtfertigten bitteren Unterton - auch für uns gelten können und uns, so hoffe ich, den Anstoß zu einem kraftvollen Neubeginn geben!